

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 3

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alfred Cattani,
geboren 1923 in
Zürich. Studium der
Geschichte an der Uni-
versität Zürich, abge-
schlossen mit einer
Dissertation über den
italienischen Revolu-
tionär Mazzini. Freie
journalistische Tätig-
keit für Zeitungen und
Radio. Korrespondent
in Bonn von 1957–1960.
Seit 1960 tätig bei der
«Neuen Zürcher Zeitung»
in den Redaktionen Aus-
land und Zürich. 1981
Stellvertretender Chef-
redaktor der NZZ.
Zahlreiche Buchpublika-
tionen zu zeitgeschicht-
lichen und lokalen The-
men. Seit 1990 freier
Publizist. Hauptthemen
Zeitgeschichte und
lokalzürcherische Ge-
schichte, unter anderem
über «Zürich im Zweiten
Weltkrieg», «Bundesrat
Albert Meyer», «Hitlers
Schatten über Europa»
und eine Geschichte
der «Schweizer Monats-
hefte».

HAT DIE SCHWEIZ DEN KRIEG VERLÄNGERT?

Zu einem Buch von Heinz Albers-Schönberg

Einstmals galt es als gesicherte Tatsache, dass der Hauptverantwortliche für die lange Dauer des Zweiten Weltkrieges Adolf Hitler gewesen sei. Er hat von allem Anfang an seine fanatische Entschlossenheit verkündet, niemals zu kapitulieren, und er gab den Kampf erst auf, als die Russen buchstäblich vor den Toren seiner Reichskanzlei standen. Daneben gab es noch einige andere zusätzliche Gründe, die immer wieder aufgeführt wurden, wie die Forderung nach einer «bedingungslosen Kapitulation» der Deutschen, die Uneinigkeit in der Obersten Alliierten Führung und andere. Nun hat der Unterstaatssekretär im US-Aussenministerium, Stuart Eizenstat, in seinem Bericht die These aufgestellt, die Schweiz sei mitschuldig an der langen Kriegsdauer, und er hat dafür auch in unserem Lande einige eifrige Nachbeter gefunden. Zwar hat Eizenstat seine Behauptung in einem zweiten Bericht relativiert. Aber die Behauptung steht im Raum. Heinz Albers-Schönberg hat es unternommen, in einer ersten Bestandesaufnahme die Frage zu klären.

Als Quellen benutzt er neben dem vorläufigen Goldbericht der Kommission Bergier von 1998 und dem später erstatteten Goldbericht der Nationalbank gedruckte Werke, von denen einige schon vor einiger Zeit erschienen sind, wie beispielsweise die Darstellung von Heinrich Homberger über die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland und von Werner Rings über den Goldhandel. Albers betont ausdrücklich, dass die Quellenlage unvollständig ist. Über viele Entscheide von damals kann man heute nur spekulieren.

Der Verfasser, von Hause aus Ingenieur und nicht Historiker, geht sein Thema mit gezielter Systematik an. Er untersucht die einzelnen Aspekte der Unterstützung des Dritten Reiches durch die Schweiz und stellt sie in ihre zeitliche Reihenfolge. Zu Beginn des Krieges spielte die Schweiz in den Überlegungen der Deutschen nur eine geringe Rolle. Das änderte sich, als Frankreich kapituliert hatte. Die von den Achsenmächten praktisch total umschlossene Schweiz versuchte in einem gewagten

Alleingang, ihre Versorgung aufrecht zu erhalten. Sie musste mit Deutschland bis zu einem gewissen Grade kooperieren, ohne die Gegner Deutschlands zu Massnahmen gegen die Schweiz herauszufordern. An der Spitze stand das Bestreben, die traditionellen rechtsstaatlichen Verhältnisse der Schweiz in einem eine feindliche Ideologie vertretenden Europa aufrecht zu erhalten. Sie hat das mit Erfolg getan. Dabei wurden allerdings Konzessionen gemacht, die im Nachhinein nicht überall zu überzeugen vermögen.

Unterschiedliche Strategien

Die Schweiz diente der deutschen Rüstungsindustrie vor allem durch Lieferungen von veredelten Gütern. Die Rohstoffe dazu bezog sie von aussen. Rein zahlenmässig waren die schweizerischen Lieferungen im Vergleich zu dem im Laufe des Krieges ständig wachsenden deutschen Bedarfes gering, der Autor kommt auf etwa 3–5 Promille des gesamten Rüstungsaufwandes des Dritten Reiches. Wichtiger

waren für Deutschland die Transaktionen, die über die Schweizerische Nationalbank abwickelt wurden. Die Deutschen benützten ihre Goldreserven, bei denen es sich grösstenteils um geraubte Bestände handelte, um mit ihnen begehrte Rüstungsgüter in neutralen Staaten zu kaufen, etwa in Portugal, Spanien, Schweden und der Türkei. Die Nationalbank hat bis ganz zuletzt an diesem Goldtransit mitgewirkt. Ferner hat die Schweiz durch Offenhaltung ihrer Alpen transitwege die Brennerlinie für den Transport von nicht militärischen Gütern freigehalten.

In seiner eindrücklich geschriebenen Darstellung hält der Verfasser fest, dass die schweizerischen Unterhändler, die mit den Deutschen verhandelten, sich völlig unterschiedlich verhalten haben. Die Wirtschaftsdelegation, zu der *Hotz*, *Homberger* und *Kohli* gehörten, hat die Wende des Krieges nach der Schlacht von Stalingrad erkannt und zu ihrem Vorteil zu nutzen verstanden, indem sie die Lieferungen nach Deutschland entscheidend zu drosseln vermochte. Dahingegen hat die Nationalbank, an deren Spitze damals *Weber*, *Rosy* und *Hirs* standen, ihre Goldgeschäfte mit den Deutschen weiter betrieben, auch als schon von Alliierten Seite her unmissverständliche Warnungen an die Neutralen ergingen. Die Unterschiede der beiden Verhandlungspartner lassen sich nur schwer erklären. Die Nationalbank pochte auf ihre Autonomie und unterliess es, den Bundesrat rechtzeitig über die Problematik des Goldgeschäftes zu orientieren. Zumindest ab 1943 hätte die Nationalbank die Übernahme von Gold stark reduzieren sollen. Inzwischen hatte der Finanzplatz Schweiz für die Deutschen ein solches Gewicht erhalten, dass das Reich dringend auf sein Fortbestehen angewiesen war.

Die hier zu Tage getretenen Widersprüche führt der Autor darauf zurück, dass kein reger Kontakt zwischen der Wirtschaft und der Nationalbank bestand. Beide Verhandlungsdelegationen verfolgten ihre eigenen Ziele. Was hinterher wie der Teil eines raffinierten Planes aussieht, hat sich wahrscheinlich mehr oder weniger zufällig entwickelt. Jedenfalls sei es erstaunlich, so *Albers-Schönberg*, dass der von *Homberger* erstattete Bericht über

Es wäre
durchaus
möglich
gewesen, die
aus Portugal,
Spanien und
der Türkei nach
Deutschland
gelieferten
wichtigen
Rüstungs-
güter durch
Bombardierung
der einzelnen
Betriebe an
der Quelle zu
unterbinden.

Heinz Albers-Schönberg,
Hat die Schweiz den
Krieg verlängert? Handels-, Gold- und
Verkehrspolitik gegen-
über Deutschland im
Zweiten Weltkrieg. NZZ
Verlag Zürich 1999.

die Wirtschaftsverhandlungen die Goldgeschäfte der Nationalbank überhaupt nicht erwähnt.

Verschonung deutscher Industriebetriebe

Albers-Schönberg listet auch Fragen auf, welche die von den Alliierten verfolgte Kriegspolitik im Zwielficht erscheinen lassen. Es wäre durchaus möglich gewesen, die aus Portugal, Spanien und der Türkei nach Deutschland gelieferten wichtigen Rüstungsgüter durch Bombardierung der einzelnen Betriebe an der Quelle zu unterbinden. Warum das nicht geschah, bleibt rätselhaft, ausser man bringt übergeordnete politische Argumente ins Spiel. Dagegen gingen die pausenlosen Angriffe auf deutsche Städte weiter, während eine der wenigen gezielten Bombardierungen deutscher Werke gegen die Kugellagerindustrie in Schweinfurt eine Ausnahme blieb.

In seinen Schlussfolgerungen hält *Heinz Albers-Schönberg* zuhanden der *Bergier-Kommission* fest, dass ihr Zwischenbericht über den Goldhandel keine Antwort über die Gründe des Verhaltens der Nationalbank gebe. Diese Lücke müsse noch geschlossen werden. Auch der genaue Umfang der schweizerischen Rüstungsindustrie und der Warenlieferungen an Deutschland sollten in das Grössenverhältnis zur Produktion des Machtgebietes der Achse gesetzt werden, und zwar aufgeschlüsselt nach Lieferungen von Waffen und Waren und dem zeitlichen Verlauf der Belieferung. Nicht nur der Goldhandel sei wichtig, sondern auch der Strom strategischer Güter nach Deutschland. Und schliesslich sollte noch die Bedeutung des strategischen Wertes der Alpen transitlinien beleuchtet werden.

Das klar und eindrücklich geschriebene und mit zahlreichen Tabellen dokumentierte Buch endet mit der knappen Feststellung, dass die pauschalisierten Vorwürfe an die Adresse der Schweiz unergiebig seien. Nach dem heutigen Wissensstand seien sie weder belegbar noch zu widerlegen. In der bisher vorgebrachten simplifizierenden und undifferenzierenden Form müssten sie zurückgewiesen werden. ♦

.....

Andreas K. Winterberger
war bis 1997 während
mehrerer Jahren als
Bonner Korrespondent
für Schweizer Zeitungen
tätig und beschäftigt
sich seit seiner Rück-
kehr in die Schweiz als
Publizist vornehmlich
mit Fragen des ideellen
Liberalismus und Li-
bertarismus.

.....

DIE KOSTEN DES KRIEGS – AUS LIBERTÄRER SICHT

Als grösste Errungenschaft der westlichen Zivilisation werde die Sicherung der individuellen Freiheit durch Beschränkungen der Macht des Staats angesehen. Im an Kriegen reichen 20. Jahrhundert erfahre man jedoch selten, dass die Hauptkosten bewaffneter Konflikte der langfristige Verlust an Freiheit bei Siegern und Verlierern gleichermaßen sei, betont John V. Denson, Herausgeber des bedeutenden und für den Leser höchst anregenden Sammelbands «The Costs of War. America's Pyrrhic Victories»¹.

Denson belegt unter Bezugnahme auf die amerikanischen Gründerväter und auf *Ludwig von Mises* ausführlich, dass der Verzicht auf aussenpolitischen Interventionismus ein Eckpfeiler des klassischen Liberalismus ist. Der Publizist *Justin Raimondo* erinnert in seinem interessanten Essay über die anti-interventionistische Tradition in der amerikanischen Politik an *George Washington*, der in seiner Rücktrittsadresse aussen- und verteidigungspolitisch für die Neutralität der USA plädierte und vor ausländischem Einfluss warnte. Diese von den Präsidenten *Washington* und *Thomas Jefferson* vorgegebene Aussenpolitik wurde unter Präsident *James Monroe* fortgeführt; dessen Aussenminister *John Quincy Adams* formulierte die Monroe-Doktrin, laut der die amerikanische Dominanz auf die natürlichen Grenzen (Pazifischer Ozean im Westen) zu beschränken sei.

Die Autoren des Sammelbands exemplifizieren die langfristigen Folgen einer Aufgabe der grundlegenden Prinzipien der amerikanischen Gründerväter anhand von amerikanischen Kriegen im allgemeinen, namentlich des Amerikanischen Bürgerkriegs, des Spanisch-Amerikanischen Kriegs und des Ersten Weltkriegs. Diese sehen sie in der vollständigen Transformierung des Aufbaus und der Kompetenzen der Zentralregierung sowie in der völligen Kehrtwende in der amerikanischen Aussenpolitik.

Dambruch durch den Amerikanischen Bürgerkrieg

Der Historiker *Richard Gamble* erläutert eingehend, wie Präsident *Abraham Lin-*

coln, der den Amerikanischen Bürgerkrieg anzettelte und zeitweise diktatorisch regierte, die bedeutsame Souveränität der Bundesstaaten beendet und damit die Bundesstaaten als wirksame Gegenmacht gegen nationale Macht sowie potentielle Tyrannis entfernt hat, womit der alte Traum des Konservativen *Alexander Hamilton* von einer aktivistischen Zentralregierung erfüllt worden sei. Damit habe *Lincoln*, im Herzen ein Imperialist, die Republik auf entscheidende Weise korrumpiert. Der General der Südstaatler, *Robert E. Lee*, habe 1866 prognostiziert, die siegreiche Union werde «mit Sicherheit aggressiv im Ausland und despotisch zu Hause» sein, was sich schon bald als richtig erwiesen habe.

Der libertäre Historiker *Joseph Stromberg* geht in seinem Beitrag detailliert auf den Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 und dessen gravierende Folgen für die amerikanische Republik ein. Er bewertet ihn als den Beginn einer neuen, aktivistischen, interventionistischen Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, die von nachfolgenden Regierungen fortgesetzt worden sei. Nachdem die letzte Grenze (*frontier*) gefallen war, suchten progressive Politiker wie *Theodore Roosevelt* und Geschäftsleute nach der durch monetäre Faktoren verursachten Panik von 1893 nach einer Expansion des Aussenhandels auf der Grundlage einer neuen merkantilistischen Handelspolitik. Resultate waren eine unabhängige Kubanische Republik, die amerikanischer Intervention (*Patt-Amendment*) unterstand und entsprechend politisch und wirtschaftlich instabil war sowie die Übergabe bisheriger spanischer Kolonien wie Puerto Rico, Guam und der Philippinen an die

¹ John V. Denson, Ed.,
The Costs of War. America's Pyrrhic Victories,
Transaction Publishers,
New Brunswick, 2nd
expanded Edition 1999
(1996).

USA, die als Aussenposten für eine Öffnung der chinesischen Märkte zugunsten amerikanischer Produkte gedacht waren.

Der Progressivismus

Der libertäre Ökonom, Philosoph und Historiker *Murray N. Rothbard* begründet eindrücklich seine These, warum er im Unterschied zu älteren Historikern den Ersten Weltkrieg nicht etwa als Zerstörung der progressiven Reformen, sondern als deren «Erfüllung», als Kulmination des Progressivismus in den USA bewertet. Der Militarismus, die Militärdienstpflicht, massive Interventionen zu Hause und im Ausland sowie eine kollektivistische Kriegswirtschaft seien während des Krieges geschaffen worden, wodurch ein kartellisiertes System entstanden sei, das eine Mehrzahl der progressiven Leader zu Friedens- wie Kriegszeiten erneut zu bewahren bzw. wiederherzustellen trachteten. *Rothbard* erachtet den Progressivismus als Bewegung zugunsten einer mächtigen Regierung in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, als Fusion oder Koalition zwischen verschiedenen Grossunternehmern, angeführt vom Bankhaus *J. P. Morgan* und den aufsteigenden Gruppen von Technokraten und etatistischen Intellektuellen. Die meisten dieser Intellektuellen entstammten dem pietistischen Milieu, in dem ein messianischer Glaube an die Errettung der Nation und der Welt durch eine mächtige Regierung vorherrschte. Ferner hätten die meisten Progressiven seltsamerweise diese messianisch-moralische oder religiöse Leidenschaft mit einer empirischen, angeblich wertfreien und strikt wissenschaftlichen Hingabe zu den Sozialwissenschaften in ihrem Denken und ihrer Agitation kombiniert. *Rothbard* illustriert dies anhand des Denkens und Wirkens von Editoren und Autoren der dem Bankhaus *J. P. Morgan* nahestehenden progressiven Zeitschrift «*The New Republic*» wie *David Croly*, von Professor *John Dewey*, der vor 1900 ein Pietist und danach ein säkularisierter Humanist war, sowie von *Walter Lippmann*.

Er erwähnt zudem die wichtige Rolle, die während des Ersten Weltkriegs die Historiker im staatlichen Propagandaapparat ausübten, um die mehrheitlich isolationalistisch gesinnten Amerikaner von der

Die meisten dieser Intellektuellen entstammten dem pietistischen Milieu, in dem ein messianischer Glaube an die Errettung der Nation und der Welt durch eine mächtige Regierung vorherrschte.

«Bösartigkeit der Deutschen im Verlaufe der Geschichte» und den «teuflischen Plänen des Kaisers» zu überzeugen. Auch geht er auf die – in der Geschichtsschreibung oft vernachlässigte – Funktion der Ökonomen, insbesondere der empirischen Ökonomen und Statistiker ein, die von enormer Bedeutung bei der Planung und Kontrolle der nationalen Kriegswirtschaft waren.

Der Erste Weltkrieg als Wendepunkt

Der Ökonom *Robert Higgs*, Autor des Standardwerks «*Crisis and Leviathan*»², belegt, dass die Historiker gemeinhin die Ursprünge des amerikanischen Leviathans auf *Franklin D. Roosevelts New Deal* zurückführen, obwohl dieser ohne die Präzedenzen, die durch die Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs geschaffen worden seien, undenkbar gewesen wäre: In Wirklichkeit hätten die *New Dealer* in zahlreichen wichtigen Fällen unter anderen Namen lediglich die während des Ersten Weltkriegs geschaffenen staatlichen Institutionen wiederhergestellt. Die staatliche Organisation der Kriegswirtschaft habe grundlegend geregelt, wie die amerikanische Zentralregierung im 20. Jahrhundert anwachsen werde. Dabei habe die Militärdienstpflicht primär bestimmt, wie die Regierung die Kriegswirtschaft organisieren werde. Folglich habe die Militärdienstpflicht in verschiedenster Weise nicht nur die Konturen der Nation im Krieg, sondern auch den Verlauf von deren politisch-ökonomischen Entwicklung während der vergangenen 80 Jahre geformt. *Higgs* zählt detailliert die verschiedenen neu geschaffenen staatlichen Institutionen und deren Kompetenzen während des Ersten Weltkriegs, des *New Deal*, während des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit auf, die ein Anwachsen der Besteuerung, eine zunehmende Regulierung des Wirtschaftslebens sowie den schleichenden Verlust an Individualrechten zur Folge hatten.

Ein besonders düsteres Kapitel stellt die unter dem Schutze des Obersten Bundesgerichtshofs praktizierte Verfolgung von Kriegsgegnern und Gegnern der amtierenden Präsidenten während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, *Woodrow Wilson* bzw. *Franklin D. Roosevelt*, dar, die *Higgs* ausführlich – wie auch der Geschichtsprofes-

² Robert Higgs, *Crisis and Leviathan. Critical Episodes in the Growth of American Government*, Oxford University Press, Oxford 1987.

sor *Ralph Raico* in dessen herausragendem Essay «World War I: The Turning Point» – erwähnt. Die schlimmste Konsequenz war wohl, dass die amerikanische Verfassung als Schutz der individuellen Freiheitsrechte seither nicht länger funktionierte, da die Kompetenzen des Präsidenten, der Verwaltung sowie des Kongresses selbst zu Friedenszeiten massiv erweitert wurden.

Robert Higgs zieht folgendes beunruhigendes Fazit: «Da während Kriegszeiten und vermeintlich kriegsbedingten Notlagen die grundlegenden Schranken gegen das Wachstum des Staats zertrümmert worden waren, verblieb nichts Substantielles mehr, um das unaufhörliche Staatswachstum zu verhindern.»

Begünstigt die moderne Demokratie Kriege?

Der konservative Publizist *Paul Gottfried* schreibt, dass die moderne Demokratie entgegen ihrer Reputation durchaus kriegerisch sein könne. Er begründet dies mit dem Umstand, dass in den USA das traditionelle, auf Freiheit und Lokalismus gründende Demokratieverständnis durch das kontinentaleuropäische, d.h. jakobinische verdrängt worden sei, das heute als globalistische, kriegerische Ideologie häufig die Ambitionen der *classe politique* und deren journalistischen Verbündeten repräsentiere. Obwohl der mächtige Staat demokratisch sei, verursache er innenpolitisch einen auf Zwang beruhenden Egalitarismus und begünstige aussenpolitisch eine imperialistische Missionierung für die Demokratie. Dies geschehe, indem die «liberale» Linke alle sozialen Beziehungen in den Aufgabenbereich des Staats überführen wolle, während die neokonservative Rechte ihr Demokratieverständnis zu exportieren trachte.

Der radikallibertäre Ökonomeprofessor *Hans-Hermann Hoppe* vergleicht in seinem Beitrag die von Monarchien geführten Kriege mit jenen demokratischer Nationen und folgert, dass letztere, d.h. moderne Kriege, viel schrecklicher, kost-

In der Tat
ist in den
USA seit
dem Ende
des Kalten
Krieges eine
Renaissance
der anti-
interven-
tionistischen
Kräfte
libertärer und
konservativer
Provenienz zu
konstatieren.

spieliger und unmoralischer geworden seien, da sie als ideologische Kriege geführt würden.

Eine Warnung

John V. Denson warnt, die Ankündigung des früheren Präsidenten *George Bush* während des Golfkriegs, dass die «Neue Weltordnung» näherrücke, bedeute, dass die USA «ein ständiger Garnisonenstaat und zugleich zum Weltpolizisten unter dem Deckmantel und dem Befehl der Uno oder der Nato oder irgendeiner anderen regionalen Allianz» zu werden drohe. Wenn diese «Neue Weltordnung» vollends verwirklicht werde, könnten die USA in ständigem Krieg ohne vorherige Kriegserklärung des Kongresses stehen; die amerikanische Souveränität werde zerstört sein.

Dennoch gibt er sich optimistisch: Das Ende des Kalten Kriegs, durch das die USA nicht länger von irgendeiner Supermacht bedroht werde, biete die Gelegenheit, die einmalige amerikanische Konstruktion einer beschränkten Zentralregierung mit einer freien Marktwirtschaft sowie einer nichtinterventionistischen Aussenpolitik wiedererlangen zu können. In der Tat ist in den USA seit dem Ende des Kalten Krieges eine Renaissance der antiinterventionistischen Kräfte libertärer und konservativer Provenienz zu konstatieren. Es ist zu hoffen, dass die Kosten des Kriegs, d.h. der seitherigen amerikanischen Engagements in der Golfregion, in Somalia sowie zuletzt im Kosovo, von der amerikanischen Bevölkerung in Zukunft stärker zur Kenntnis genommen werden und der Widerstand gegen weitere militärische Abenteuer sowie der Druck für Ausgabenkürzungen, insbesondere im militärischen Bereich zunehmen werden. Bereits einmal, 1917, erklärte ein amerikanischer Präsident, *Woodrow Wilson*, den Krieg, «um alle Kriege zu beenden» und «die Welt für die Demokratie sicher» zu machen. Das Ergebnis ist bekannt. Dies sollte für die Amerikaner und die Europäer gleichermassen eine Warnung sein. ♦